

Der Vollzugsdienst

4-5/2023 – 70. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Ein großes Thema war die Nachwuchsgewinnung – Bewerberzahlen sinken

Online Meeting des Arbeitskreises der BSBD Frauen

Seite 5

Resozialisierung und Wiedereingliederung sind wichtig

Großes Interesse an vollzugsspezifischen Themen

Seite 26

Freiheit verloren, das Menschsein nicht – großer Bedarf an seelsorgerlicher Begleitung

Kirchliche Seelsorge in Gefängnissen ist keine Glaubensfrage mehr

Seite 45

BSBD Vorsitzender René Müller:

„Wir sind zu Streiks in den Haftanstalten bereit“



Lesen Sie mehr dazu auf den Seiten 1 + 2 dieser Ausgabe

Foto: Stockwerk-Fotodesign/stock.adobe.com



BRANDENBURG



RHEINLAND-PFALZ



THÜRINGEN

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 BSBD Bundesvorsitzender
René Müller: „Wir sind zu Streiks in den Haftanstalten bereit“
- 3 BSBD führt Gespräche mit dem Verhandlungsführer der TDL und dem DBB zu den kommenden Tarifverhandlungen
- 3 Herzlichen Glückwunsch zu erfolgreichen Wahlen in weiteren drei BSBD Landesverbänden
- 4 20 Jahre Strafvollzug in freien Formen am Beispiel Seehaus e.V.
- 5 Online Meeting des Arbeitskreises der BSBD Frauen
- 7 Seniorenarbeit in der Gewerkschaft
- 7 BSBD Senioren werden acht Anträge beim Bundesseniorenkongress einbringen
- 9 KOMMENTAR der BSBD Jugend: Keine Pflanze ist illegal
- 10 Make it in Germany – Justizia, die Göttin der vielen Gesichter

LANDESVERBÄNDE

- 13 Baden-Württemberg
- 27 Bayern
- 32 Berlin
- 37 Brandenburg
- 42 Hamburg
- 47 Hessen
- 53 Mecklenburg-Vorpommern
- 56 Niedersachsen
- 60 Nordrhein-Westfalen
- 74 Rheinland-Pfalz
- 78 Saarland
- 82 Sachsen
- 86 Sachsen-Anhalt
- 90 Schleswig-Holstein
- 97 Thüringen
- 88 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS
Ausgabe 6: 13. November 2023



ERSCHEINUNGSTERMIN
Ausgabe 6: 12. Dezember 2023



Treffen des Landesvorstandes

Landesvertretertag vom 13. bis 15.11.2023 in Mainz

Am 19. Juni 2023 trafen sich die Mitglieder des BSBD-Landesvorstandes RLP in Wittlich, um die brennendsten anstehenden gewerkschaftlichen Themen der näheren Zukunft zu besprechen.

Die Sitzung wurde aufgrund der Verhinderung des Landesvorsitzenden, durch den Stellvertreter **Herrn Mark Schallmo** geleitet.

Die alles bestimmenden Themen waren besonders die abschließenden Vorarbeiten an einer neuen Satzung für den **BSBD-Rheinland-Pfalz** und einer Geschäftsordnung zur Vorbereitung des anstehenden **Landesvertretertages vom 13. bis 15. November 2023**.

Im Weiteren wurde die Datenschutzordnung, Rechtsschutzverordnung, Beitragsordnung und Ehrenordnung zur Vorbereitung für den Gewerkschaftstag thematisiert.

Ebenso wurde der organisatorische Ablauf und die Planung des **Landesvertretertages** ausführlich durchgesprochen und beschlossen.

Abstimmung über eine mögliche neue Satzung

Bei diesem Landesvertretertag werden die Delegierten nicht nur über eine mögliche neue Satzung, sondern auch über die zukünftige Aufstellung der Landesleitung bestimmen können.

Auch wurde beschlossen, die Gremien/Arbeitsgruppen für die Bereiche: Jugend, Senioren, Personalräte, Gleichstellung und auch der Ortsverbände bezüglich eines zeitnahen Treffens anzuschreiben, um sie mit den Aufgaben die die eventuelle neue Satzung beinhaltet, zu betrauen. Diese Weichen und Vorarbeiten wurden, beziehungsweise werden nun gestellt, damit wie erwähnt der nächste **BSBD-Landesvertretertag** satzungsgemäß stattfinden kann.

Abschließend äußerte der Landesvorstand, dass er durch die gedeihliche Partnerschaft mit **Signal Iduna** und der **BBBank** zuversichtlich und vertrauensvoll in die kommenden Jahre vorausschauen könne. ■



Landesvorsitzender Markus Wollscheid, BSJ Saarland und stellv. Landesvorsitzender Mark Schallmo, BSBD Rheinland-Pfalz bei ihrem Treffen in Wittlich an der JVS. Foto: BSBD RLP

BSJ Saarland und BSBD Rheinland-Pfalz informieren sich

Gespräche mit Verantwortlichen der Justizvollzugsschule RLP

Vertreter der Landesverbände **Saarland** und **Rheinland-Pfalz** trafen sich im Juni 2023 an der **Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz**, um mit Vertretern/innen der Schule über den bisherigen Verlauf der neu konzipierten Ausbildung zu sprechen.

Es wurde ausführlich über den aktuellen Sachstand im Bereich der Ausbil-

dung gesprochen. Den Gewerkschaftlern wurde detailliert über Missstände aber auch über „Erfolge“ berichtet.

Der Sachstand der geplanten Baumaßnahmen wurde ebenso thematisiert. Die Gewerkschaftsvertreter versprachen, sich der genannten Probleme anzunehmen und mit dem jeweiligen Ministerium Erörterungsgespräche zu vereinbaren. ■

Treffen der AG „Ü-60“

Seminarangebot für zukünftige Pensionäre in Planung

Am 7. September 2023 trafen sich die Mitglieder der **BSBD-Rheinland-Pfalz-Landesarbeitsgruppe „Ü-60“** im **Hotel Barbarossahof in Kaiserslautern**, um die brennendsten gewerkschaftlichen Themen der näheren Zukunft zu besprechen und um einen Kandidaten/in für die Wahlen am bevorstehenden Gewerkschaftstag im **November 2023** zu wählen.

Die Sitzung wurde vom AG Sprecher, dem Kollegen **Ambrosius** und dem Vertreter des **BSBD-RLP-Landesvorstandes Kollege Schallmo**, geleitet.

Nach einer kurzen Begrüßungsrunde berichtete **Kollege Schallmo** über die aktuellen Geschehnisse im Land und wies auf den Landesgewerkschaftstag im November 2023 mit allen geplanten Veränderungen hin. Das Gremium verständigte sich darauf, im neuen Jahr „Seminarangebote“ für Pensionäre so-

wie „anstehende Pensionäre“ zu planen und durchzuführen. Hierbei sollen die dringendsten Fragen zu den Angelegenheiten vermittelt werden, die für den Eintritt in die Pension und danach von Bedeutung sind.

Auch soll versucht werden, im neuen Jahr eine sog. „Pensionärs-Fahrt“ wieder auf die Beine gestellt zu bekommen.

Des Weiteren soll versucht werden, eine „Kooperation“ mit anderen Pensionärs Verbänden zu erreichen.

Die Arbeitsgruppe wählte ihren Kandidaten (bedingt durch die eventuelle Satzungsänderung) für die kommenden Neuwahlen im **BSBD-Landesvorstand**. Der Kollege wird am Gewerkschaftstag vorgestellt.

Zum neuen Sprecher der AG „Ü-60“ wurde der Kollege vom **OV-Zweibrücken Herr Grünngel**, gewählt. Er wird in Zukunft die Arbeitsgruppe organisieren und ausgestalten. ■

Gewinnung von Nachwuchskräften für den Strafvollzug

Beispielhafte Zusammenarbeit der JVA Rohrbach mit dem BSBD-Ortsverband Rohrbach

Im ganzen Land wird Nachwuchs für den Strafvollzug gesucht, um den aktuellen Personalnotstand sowie die kommende „Pensionswelle“ abzufangen.

Hierzu werden in allen Anstalten sowie im Ministerium der Justiz Arbeitsgruppen gebildet, um Nachwuchskräfte zu finden und für den Justizvollzug zu gewinnen. Hier als Beispiel die **JVA Rohrbach** in Zusammenarbeit mit dem **BSBD-OV-Roba**. Bedienstete der **JVA Rohrbach** unternahmen einiges, um in der Bevölkerung wahrgenommen zu werden und um für unseren Berufsstand zu werben. So wurde an diversen, sogenannten **Firmenläufen** sowie **Benefizläufen**, teilweise sehr erfolgreich, teilgenommen. Hierbei wurden neben aller sportlicher Herausforderung und dem Teamgedanken auch einige Kontakte für die hoffentlich gemeinsame Zukunft geknüpft. Bedienstete der **JVA Rohrbach** standen auch „Gewehr bei Fuß“, als für den **„37 Rheinland-Pfalz Tag in Bad Ems“** noch „freiwillige Helfer / Unterstützer“ gesucht wurden.

Bei dieser Großveranstaltung konnte der Justizvollzug unter anderem durch die Präsentation eines originalgetreuen Haftraum-Nachbaus sowie durch fachkundiges Personal sehr erfolgreich für den Justizvollzug werben.

Des Weiteren wurde bei **Fußballturnieren** und bei der Teilnahme an einem **Bootsrennwettbewerb** eine sehr gute Außendarstellung erzeugt. Auch wurde in der **Justizvollzugsanstalt Rohrbach** ein **„Recruiting Day“** organisiert und durchgeführt.

Das **Ministerium der Justiz** und **alle Anstalten** haben diverse Veranstaltungen durchgeführt, weitere sind geplant. Denn ohne Werbemaßnahmen und öffentliche Darstellung werden wir es in Zukunft noch schwerer haben, geeignete Nachwuchskräfte zu generieren und zu vermitteln, dass wir **keine „Wärter“** sind. Wir sind **JUSTIZVOLLZUGSBEAMTE !!!**



Landesvorstandsmitglieder im Gespräch mit Freien Wählern

Attraktivität des Berufsstandes wurde besprochen – Eine angemessene Erhöhung der Zulagen ist notwendig

Vor der parlamentarischen Sommerpause trafen sich der stellvertretende Landesvorsitzende Mark Schallmo und sein Kollege Stefan Ternes mit dem Landesvorsitzenden und Landtagsabgeordneten der FREIEN WÄHLER Stephan Wefelscheid.

Gegenstand dieses Treffens waren der Austausch über die aktuellen Probleme des Vollzuges, allem voran die hohe zeitliche Belastung der Kollegen, aber auch die immer schwieriger werdenden Rahmenbedingungen im Vollzug.

Zu nennen wäre da eine hohe Anzahl an Gefangenen, die psychisch auffällig sind, und ein immer größer werdender Anteil an Gefangenen, welche sich aus kulturellen Gründen nur schwer in den normalen Gefängnisalltag integrieren lassen. Daneben stellt die sprachliche Barriere bei diesen Gefangenen ein zusätzliches Problem dar, welches die Kolleginnen und Kollegen zu schultern haben. Zudem ist die Bausubstanz und die baulichen Gegebenheiten in vielen Anstalten so, dass hier dringend Renovierungen und Sanierungen stattfinden müssten, um zumindest in diesem Bereich eine dringend benötigte Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Beispielhaft ist hier die JVA Koblenz zu nennen, welche aus Sicht der Gewerkschafter nicht mehr zu wirtschaftlichen Kosten saniert werden kann. Hier sollte der schon vor Jahren angedachte Neubau an neuem Standort endlich erfolgen. Diesem Ansinnen stimmte auch **Herr Wefelscheid** uneingeschränkt zu, hatte er doch erst im Frühjahr dieses Jahres die JVA Koblenz besucht und sich einen persönlichen Eindruck über die baulichen Mängel und Arbeitsbedingungen verschafft.

Ausgehend von seinen Anfragen an die Landesregierung zum Justizstandort Koblenz, dem Sanierungsbedarf der

JVA Koblenz und seinen persönlichen Eindrücken vor Ort, erneuerte er seine Forderung nach einem Neubau. Dieser wird leider nach wie vor vom Justizminister vehement abgelehnt.

Neben diesen bedeutenden Themen wurde noch über die Attraktivität des Berufsstandes des Justizvollzuges gesprochen. Hier bedarf es nach Ansicht der Gewerkschaftsvertreter verschiedener Maßnahmen, um den erforderlichen Nachwuchs zu gewinnen.

Allem voran wären hier eine angemessene Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, die Ruhegehaltsfähigkeit der sogenannten „Gitterzulage“ und mehr Beförderungstellen, auch im gehobenen Vollzugsdienst zu sehen. Andere Bundesländer sind hier schon wesentlich weiter und haben das Eingangssamt für den Allgemeinen Vollzugsdienst auf die A8 er-

höht. Mit großem Interesse nahm der Abgeordnete die Schilderungen der Gewerkschaftsvertreter zu der von der Gewerkschaft kritisierten Verkürzung der Ausbildung zur Kenntnis, bei der sich mittlerweile genau die Problematiken für die Auszubildenden bewahrheiten, vor denen die Personalräte und die Gewerkschaften gewarnt hatten.

Herr **Wefelscheid** dankte den Gewerkschaftern abschließend für das offene und konstruktive Gespräch und versprach, sich für die Anliegen der Bediensteten des Vollzuges in Rheinland-Pfalz einzusetzen. Ganz besonders liegt ihm natürlich der Justizstandort Koblenz am Herzen, da er selber in Koblenz wohnhaft und Vorsitzender der **FREIEN WÄHLER** im dortigen Stadtrat ist. Sein Versprechen: „Ich bleibe am Ball!“



(v.l.n.r.): Stellv. Landesvorsitzender Mark Schallmo, Landtagsabgeordneter Stephan Wefelscheid und Kollege Stefan Ternes.

Foto: BSBD RLP

„In der Justizvollzugsanstalt Koblenz brennt die Hütte!“

Gewerkschaft Justizvollzug – BSBD – folgte dem Hilferuf aus der Belegschaft in der JVA Koblenz

Dem Hilferuf der **Koblenzer BSBD-Gewerkschaftler** sowie dem örtlichen Personalrat folgend, statteten der stellv. Landesvorsitzende **Mark Schallmo** sowie das Landesvorstandsmitglied des **BSBD RLP Stefan Ternes** dem Gefängnis in Koblenz einen dringend notwendigen Besuch ab.

Die JVA Koblenz ist schon eine Besonderheit in der deutschen Vollzugsland-

schaft. Eine Anstalt – in der neben weiblichen Gefangenen auch an „schweren Jungs“ Untersuchungshaft vollzogen wird – die keine sichernde bzw. standfeste Außenmauer hat, muss man lange in Deutschland suchen.

Ein Grund dafür ist, dass wegen der kriegsbedingten Zerstörung des Gefängnisses im Stadtgebiet von Koblenz, im Jahr 1946, ein ehemaliges Kaser-

nengebäude aus der Kaiserzeit von der französischen Militärkommandantur zum Gefängnis umfunktioniert wurde.

Ein Provisorium mit großer Nachhaltigkeit, das nunmehr seit fast 75 Jahren Bestand hat.

Nunmehr ist der bauliche Verfall dieser alten Anstalt offenkundig und nicht mehr wegzudiskutieren! Offensichtlich sind Decken einsturzgefährdet, deshalb

müssen einige mit Baustützen gesichert werden. Einige Teile des Besuchsbereichs mussten aufgrund dieses Zustandes bereits gesperrt werden.

Die gesetzlich geforderten Anwaltsbesuche müssen seitdem in schnell errichteten Wohncontainern im Freistundenhof stattfinden.

Außerdem sind wegen der Gefahr von Asbestbelastung Räumlichkeiten innerhalb der Anstalt gesperrt. Die dadurch notwendigen Prüfungen zur Asbestbelastung dauern noch an.

Weitere Baumängel, sowie Schimmelbefall, führen zu einer nicht hinnehmbaren Belastung des Personals, berichten die örtlichen Gewerkschafter und Personalratsvertreter.

Baumängel verhindern einen zeitgemäßen Justizvollzug

Obwohl beiden Gewerkschaftlern die Justizvollzugsanstalt Koblenz von früheren Besuchen, zumindest oberflächlich bekannt ist, waren sie nach einem intensiven Rundgang durch die Anstalt sichtlich erschrocken und entsetzt.

Die derzeitige bauliche Situation besteht nach Aussagen der Bediensteten bereits seit Längerem und es zeichnet sich auch keine Besserung ab. Diese Einschätzung konnten die Besucher nur teilen. Aufgrund dieser Mängel ist ein zeitgemäßer und gesetzeskonformer moderner Justizvollzug, wie er vom Justizministerium immer wieder verlautbart wird, nicht zu gewährleisten. Daher sind sehr schnelle und zeitnahe Entscheidungen geboten!

Umso erstaunter muss man sein, wenn man hier von den Plänen des rheinland-pfälzischen Justizministeriums durch die Presse erfährt, diese ma-



Archivbild vom Eingangsbereich der JVA Koblenz

Foto: BSBD intern

rode Anstalt für weitere Jahrzehnte zu betreiben.

Schon vor zwanzig Jahren, erinnern sich ältere Koblenzer Bedienstete, war ein Neubau einer JVA im Stadtgebiet Koblenz geplant.

Dieser Neubau wurde aber immer wieder wegen anderen Bauvorhaben im Land verschoben bzw. „vergessen“. Nach unseren Erkenntnissen plant die Landesregierung in den nächsten Jahren mindestens ca. 35 Millionen Euro für Modernisierungsmaßnahmen des Altbestandes der JVA Koblenz zu investieren.

Hier sind – nach Auffassung der Gewerkschaftsvertreter – die Politik und der Rechnungshof gefordert, diese Pläne des Justizministeriums auf den Prüfstand zu stellen.

Die aktuell geplanten 35 Millionen Euro wären aus Sicht aller befragten Mitarbeiter und auch der Gewerkschaftsvertreter sinnvoller angelegt, wenn diese für einen Neubau der Anstalt in der Peripherie von Koblenz genutzt werden würden.

Die Ministerien wären daher, aus unserer Sicht, gut beraten, sich schon jetzt über einen möglichen alternativen Standort für eine neue Justizvollzugsanstalt im Raum Koblenz Gedanken zu machen.

Deshalb ist Eile geboten, bevor geeignete Flächen für andere Zwecke vom Handel und der Industrie beansprucht werden.

**Ganz nach dem Motto:
Der frühe Vogel fängt
den Wurm!**

Ehrenmitglied Helmut Brunn verstorben

Bestürzt waren die Kolleginnen und Kollegen des BSBD Rheinland-Pfalz, als die Nachricht die Runde machte, dass das langjährige Ehrenmitglied im Landesvorstand plötzlich und unerwartet verstorben ist. **Helmut Brunn** war lange Jahre das Gesicht des Ortsverbandes Frankenthal. Geboren in Kaiserslautern ist der Kollege seiner Heimat – der Pfalz – immer treu geblieben. Schon früh fand er den Weg in den rheinland-pfälzischen Justizvollzug.

Im Jahr 1975 begann er seine berufliche Laufbahn im Allgemeinen Vollzugsdienst der JVA Frankenthal. Nach seiner Ausbildung war er in verschiedenen Funktionen für die Anstalt tätig, zu seiner Pensionierung.

Schon sehr früh fand er den Weg zum Bund der Strafvollzugsbediensteten BSBD und hier zum Ortsverband Frankenthal. Ab dem Jahr 1985 war er im Ortsverband als Vorsitzender für 15 Jahre tätig. Er hat den Ortsverband in seiner Amtszeit zum drittstärksten Ortsverband geführt und leistete „Geburtshilfe“ bei dem neu gegründeten Ortsver-

band Schifferstadt. Aber nicht nur im BSBD setzte er sich für die Belange der Bediensteten ein, auch als Mitglied des örtlichen Personalrates war er viele Jahre in Frankenthal tätig.

Sein Engagement blieb nicht unbeachtet auf Landesebene und so kam es, dass **Kollege Brunn** viele Jahre dem Landesvorstand angehörte. Im Jahr 2009 wurde er zum Ehrenmitglied im Landesvorstand ernannt. Aber auch als fröhlicher und sehr kollegialer Mensch war **Helmut Brunn** bekannt.

Einige Jahre nahm er mit seiner Ehefrau Wanda an den Pensionärsfahrten des Landesverbandes teil. Viele gesellige Abende bereicherte er mit musikalischen Einlagen auf dem Schifferklavier. Viel zu früh ist er nun verstorben und hinterlässt seine Frau Wanda.

Der Landesverband Rheinland-Pfalz und der Ortsverband Frankenthal wird **Helmut Brunn** in guter Erinnerung behalten. Er wird uns fehlen.



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Noch kein Konto bei uns?

Jetzt ganz bequem zur
BBBank wechseln

Bis zu
150 €
Startprämie¹

On Top
50 €
für dbb-Mitglieder
und ihre
Angehörigen



Jetzt informieren
in Ihrer Filiale vor Ort, per Telefon
unter 0721 141-0 oder auf
www.bbbank.de/dbb

¹ Voraussetzungen Startprämie: 75,- Euro für die Eröffnung eines BBBank-Girokonto, mtl. Kontoführungsentgelt i. H. v. 2,95 Euro bei Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen; girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p. a.; Neukunde (kein Girokonto in den letzten 24 Monaten) ab 18 Jahre, Geldeingang von 500,- Euro oder Bezahlung mit einer unserer Karten über die Funktion mobiles Bezahlen (Android) bzw. Apple Pay (iOS) innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Weitere 75,- Euro Startprämie bei Nutzung des Fino-Kontowechselservices, inkl. Umzug von mind. 3 Zahlungspartnern innerhalb von 3 Monaten nach Kontoeröffnung. Die Auszahlung kann nach Erfüllung der Bedingungen bis zu 8 Wochen dauern. Änderungen, Anpassungen oder Beendigung des Angebotes bleiben vorbehalten, Aktion endet spätestens zum 31.12.2023.